

**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Stadtratsfraktion**  
Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

Grüne Fürth, Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

**Brigitte Dittrich**

Tel.: 75 41 74  
bruldimo@t-online.de

**Waltraud Galaske**

Tel.: 76 29 74  
galaske@gmx.de

**Harald Riedel**

Tel.: 78 76 333  
harald.riedel@gruene-fuerth.de

**Dagmar Orwen**

Tel.: 92 380 203  
dagmar.orwen@web.de

**Büro:**

Tel.: 0911-74 52 72  
Fax.: 03212-1048615  
info@gruene-fuerth.de

**5. Dezember 2011**

## **Haushaltsrede der Fraktionssprecherin Brigitte Dittrich**

anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2012 der Stadt Fürth am 6.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wieder einmal endet ein Stadtratsjahr nicht mit Haushaltsberatungen, sondern mit Sparberatungen. Wieder einmal dürfen wir nicht über Investitionen in die Zukunft diskutieren, sondern müssen uns um Schadensbegrenzung bemühen. Und längst schon stehen auf der roten Liste nicht mehr nur liebgewonnene, aber nicht länger bezahlbare Ausgaben, es geht schon längst an die Substanz. An die Substanz der städtischen Gebäude, an die Substanz der Straßen und Anlagen, die nicht mehr so gepflegt werden können, dass Schäden vermieden werden.

Um keine neuen Kredite aufnehmen zu müssen - was uns die Bezirksregierung untersagt - nehmen wir eine weitaus größere Hypothek auf: Die kleinen Mängel an den Baulichkeiten werden zu großen, was heute mit ein paar zehntausend Euro zu richten wäre, wird in wenigen Jahren mit Hunderttausenden zu Buche schlagen - oder, im schlimmsten Falle, zu Totalverlusten, vielleicht zu schlimmeren führen.

Und das ist längst nicht mehr die düstere Zukunft: Die Vacher Brücke ist bereits teilweise, die Stadelner gänzlich für den Verkehr gesperrt, und weitere werden folgen.

Ein Arbeitsplatz, ein Klassenzimmer unter marodem Dach - da drohen Gesundheitsschäden. So zynisch will niemand sein, und anmerken, dass diese Kosten von anderen getragen werden, von der AOK und den Hinterbliebenen. Und doch folgt unser sogenannter Haushalt dieser zynischen Logik. Nicht aus unserem Willen, nicht aus unserer Entscheidung heraus - ganz im Gegenteil: Offenbar ist es den Leuten in Bezirk und Landtag wichtiger, das Staatssäckel wieder aufzufüllen, das so ... nach Kärnten entleert wurde, als den eigenen Kommunen anständige Straßen, Schulen, Amtsgebäude und Kinderhorte zu gestatten.

Die Räume der Vertretung des Freistaates in Brüssel sind freilich in bester Verfassung. Immerhin etwas.

Man sollte ja glauben, dass wenigstens die verfassungsgemäßen Aufgaben in diesem Land noch zu erfüllen seien - dort steht geschrieben, dass "Kinder unser köstlichstes Gut" seien. Und eben diese Kinder werden aufgrund von Sparzwängen in maroden Gemäuern abgestellt und auf sträflichste Weise allein gelassen: Für hinreichende Betreuung, die wenigstens dem Wohl des Kindes nicht zuwiderläuft, fehlt das Geld, von Schulspeisung, Kinderbetreuung oder ähnlichem ganz zu schweigen.

Man muss sich beinahe glücklich schätzen ob der Zahl der Arbeitslosen, denn sonst müsste der Nachwuchs wohl in der Bahnhofshalle ausharren.

Wir haben alle in den letzten Wochen wieder einmal in mehr saure Äpfel gebissen, als gut täte. Das Ergebnis ist ein Haushaltsplan, mit dem allein die Krämerseelen in Ansbach zufrieden sein können. Für die Fürther und Fürtherinnen - und auch und besonders für die Stadträte! - hingegen ist das Machwerk nicht ohne eine Träne im Auge zu lesen.

Die wenigen Änderungen, die wir Grüne noch beantragt haben, würden das nicht ändern können: Was an einer Stelle besser werden soll, reißt in einer anderen Ecke ein Loch auf. Das wissen wir wohl, und dennoch: Wir meinen, dass der Erhalt des Vorhandenen und die Betreuung der Kinder Vorrang haben muss vor - sicherlich wünschenswerten - Kreisverkehren, neuen Straßen und Wohngebieten. Wenn schon jetzt die Kinderbetreuung sich an der Grenze des Zulässigen bewegt - was tun wir dann mit dem Nachwuchs der "jungen Familien", die diese Wohngebiete bevölkern sollen?

Wir kennen die Theorie, nach der mehr Menschen in der Stadt auch höhere Einnahmen bedeuten - aber die Erfahrung der letzten Jahre sagt, dass lediglich die Sparauflagen wachsen, ganz egal wie viele Menschen hierherziehen.